



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Newsletter 4/2010
Ausgabe März 2010 (2)

Liebe Leserinnen und Leser!

*Wer Ostern kennt,
kann nicht verzweifeln.*

Dietrich Bonhoeffer (1906-1945)

Der Frühling und das Osterfest erinnern uns daran, dass die Dunkelheit nicht das letzte Wort hat.

Ich hoffe, dass Sie in diesen Tagen Zeit und Muße finden, die Seele etwas baumeln zu lassen und den Frühling und die nun immer häufiger scheinende Sonne zu genießen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Osterfest!

Ihre Antje Tillmann



Novellierung des EEG auf den Weg gebracht

Heute hat das parlamentarische Verfahren des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) **begonnen**.

Der nun eingebrachte Entwurf sieht die Kürzung der Einspeisevergütungen für Dachanlagen um 16 Prozent und für Freiflächenanlagen um 15 Prozent vor. Die Förderung von Anlagen auf Konversionsflächen soll um 11 Prozent abgesenkt werden. Strom aus Anlagen auf ehemaligen Ackerflächen soll grundsätzlich nicht mehr vergütet werden. Ausgenommen hiervon sind Anlagen, die sich im Bereich von vor dem 1. Januar 2010 beschlossenen Bebauungsplänen befinden und bis zum Ende des Jahres 2010 in Betrieb genommen werden.

Auch auf Grund des Einsatzes der Thüringer CDU-Bundestagsabgeordneten ist die Kürzung der Solarförderung vom 1. April auf den 1. Juli verschoben worden. Außerdem erklärte die Bundesregierung, die Mittel für die Photovoltaikforschung aufzustocken.

Dem mehrfach geäußerten Wunsch, nähere Infos zu bekommen, komme ich gerne nach: Das Protokoll der heutigen Debatte können Sie ab Montag auf meiner Homepage nachlesen.

Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung

Die Unionsfraktion prüft den Einstieg in die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung. Um als rohstoffarmes Land wettbewerbsfähig zu bleiben und unseren Wohlstand zu wahren, müssen wir dafür sorgen, dass unsere Unternehmen ihre internationale Spitzenstellung im Hinblick auf Qualität und Innovation halten können. In der weiteren Debatte werde ich insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Auge behalten: Sie müssen mit einem höheren Anteil gefördert werden als leistungsstarke größere Konzerne.

Daneben müssen wir sicherstellen, dass auch die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen die Vorteile der geplanten Vergünstigung erhalten können. Ich halte es außerdem für wichtig, ein steuerpolitisches Gesamtkonzept mit einer Abflachung des Mittelstandsbauchs, einer Verringerung der kalten Progression **und** der steuerlichen Begünstigung der Forschungsförderung vorzulegen.

Durchbruch bei der Jobcenter-Neuorganisation - Kompromiss stärkt die Kommunen

Nach langen Verhandlungen haben wir den Durchbruch bei der Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II erreicht: Die interfraktionelle Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat ein Ergebnis erarbeitet, das die bisherige erfolgreiche Arbeitsvermittlung aus einer Hand in eine verfassungsgemäße Form überführt. Damit setzen wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts um, das die bisherige Regelung als mit dem Grundgesetz unvereinbar verworfen hatte.

Der gefundene Kompromiss stärkt die kommunale Kompetenz. Bestehende Optionskommunen werden entfristet und weitere 41 Kommunen können optieren. Wir wären jedoch gerne noch weiter gegangen.

Ich hätte es begrüßt, wenn wir allen Kommunen die freie Entscheidung gegeben hätten, zu optieren. Darüber hinaus ist es bedauerlich, dass die Kommunen ihren Haushaltsplan mit einfacher Mehrheit, die Entscheidung, Optionskommune werden zu wollen jedoch mit 2/3-Mehrheit beschließen müssen. Wir hätten den Stadträten hier mehr vertraut.

Falls sich mehr als die nun verabredeten 110 Kommunen dazu entschließen sollten, optieren zu wollen, ist außerdem offen, wie man plausibel begründen will, warum die eine Kommune optieren darf und die andere nicht.



"Von der Rekordneuverschuldung zur Schuldenbremse - die Quadratur des Kreises?" in der Schweizer Botschaft

"Wir sind die Union Deutschlands"

Auf einem kleinen Parteitag in Berlin hat die CDU das Programm "Wir sind die Union Deutschlands" beschlossen. Es enthält zehn Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, die deutsche Einheit wirtschaftlich, aber auch gesellschaftspolitisch zu vollenden. So streben wir unter anderem ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West an.

Das gesamte Papier mit allen Forderungen können Sie auf meiner Internetseite nachlesen.

Zu guter Letzt

Auf Veranstaltungen erzählt Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler in diesen Wochen gerne folgende Satire über den Berliner Politikbetrieb:

"In einem Hintergrundgespräch sage ich, wie gern ich mal ohne Krawatte und Jackett über die Friedrichstraße bummeln würde.

Die Medien reagieren sofort:

'Aus gut informierten Kreisen verlautet, dass der Bundesminister für Gesundheit plant, demnächst nackt über die Friedrichstraße zu gehen.'

Bevor ich die Chance habe, darauf zu reagieren, kommen schon die Reaktionen aus den Fraktionen: Der SPD-Sozialexperte Karl Lauterbach meldet sich als erster zu Wort: *'Das ist die gelebte soziale Kälte der Liberalen!'*

Die Reaktion vom Koalitionspartner ist netter. Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Jens Spahn: *'Da hat der Kollege Rösler etwas falsch verstanden, wir wollen nackt scannen, nicht nackt rennen.'*

Breite Unterstützung gibt es von der Gesundheitsexpertin meiner eigenen Fraktion, Ulrike Flach: *'Wenn die Steuern gesenkt werden, wird der Rösler bald wieder was zum Anziehen haben, dafür wird der Markt schon sorgen.'*

Und wenn ich dann versuche, klarzustellen, dass ich nie vorhatte, nackt über die Friedrichstraße zu laufen, dann heißt es: *Aha, das haben wir uns gleich gedacht, so jung und fit ist der Rösler gar nicht. Der traut sich ja noch nicht einmal, im gerade beginnenden Frühling nackt über die Friedrichstraße zu laufen.*

Und die Zeitungen titeln: *Rösler rudert zurück.'*

Impressum

Antje Tillmann MdB --- Platz der Republik 1 --- 11011 Berlin
Tel.: 030-22777019 --- Fax: 030-22776497
antje.tillmann@bundestag.de
Redaktion: Johannes Nehlsen, 25. März 2010